



»Die Botschaft gehört umgesetzt!«

Dimensionen theologischer Reflexion in Kirchengemeinden angesichts politischer Herausforderungen (I)

Von: Claudia Schulz, erschienen im Deutschen Pfarrerblatt, Ausgabe 10/2022

Im Maiheft stellte Claudia Schulz Ergebnisse einer Studie vor, die sich mit den politischen Überzeugungen und dem politischen Engagement von Kirchengemeinden befasst. Doch welche theologischen Reflexionen gehen diesem politischen Engagement voraus bzw. begleiten es? Claudia Schulz zeigt dies anhand exemplarischer Diskurslinien in diesem und im nächsten Heft auf.

1. Theologische Reflexion in Kirchengemeinden – eine empirische Annäherung

Politische Fragen beschäftigen die Gesellschaft in Deutschland: je nach Fokus eher durch Kriege und Krisen mit großer Tragweite, durch bundesweite Entwicklungen wie die Zunahme von Bedrohung und Hass, von Übergriffen auf Menschen, die als fremd oder Angehörige von Minderheiten gesehen werden, aber ebenso durch lokale Streitfragen rund um Infrastruktur, Soziales oder Nachhaltigkeit. Politische Fragen werden zu Fragen in der Kirchengemeinde, indem Menschen, die in der Kirchengemeinde präsent oder aktiv sind, sich mit solchen Fragen beschäftigen, sie zum Thema machen und damit in den Kommunikationsraum Kirchengemeinde holen. Häufig werden Gemeinden mit dem politischen Engagement von Menschen am Ort und ebenso der eigenen Mitglieder konfrontiert: Ein Mitglied des Kirchengemeinderats ist AfD-Mitglied, Jugendliche aus der Gemeinde schließen sich Umweltbewegungen an und protestieren für mehr Klimaschutz, nicht immer gewaltfrei. Ein Moscheebau im Stadtteil erhitzt die Gemüter.

Politik und Glaube

Viele Gemeinden sehen sich in der Diskussion, wie und mit welchen Begründungen und Zielen sie sich in diesem Gefüge verhalten sollen, ob sie Stellungnahmen verfassen oder sich in umfassender Form selbst mit einem politischen Thema befassen wollen. Damit werden Klärungen auf zwei Ebenen nötig. Zum einen braucht es grundsätzlich Begründungen für eine Befassung, die über unmittelbare Sachzwänge hinausgehen: Mit welchem Bezug zu ihrem zentralen Auftrag beschreibt eine Kirchengemeinde das politische Geschehen als ihren Gegenstand und bindet damit die Aufmerksamkeit der Aktiven, zuweilen auch Ressourcen? Und zum Zweiten: Wie kann eine solche Befassung im Detail geschehen und nach welchen theologischen Prinzipien können eine Haltung, theologische Positionen oder auch nur einzelne Argumente entwickelt werden?

Diese Frage wird einmal mehr virulent mit Blick auf die Sicht der Kirchenmitglieder auf verschiedene kirchliche Aufgaben: Noch im Jahr 2012 äußerten die Evangelischen im Rahmen der fünften Erhebung der EKD über Kirchenmitgliedschaft eine einheitlich hohe Zustimmung zu den Grundfunktionen der Kirche wie die Zuwendung zu Bedürftigen, die Gestaltung von Gottesdiensten und anderen religiösen Angeboten.¹ Die Kirche solle „Gelegenheiten für gesellige Begegnung bieten“ oder „kulturelle Angebote machen“, dieser Wunsch erhielt ebenfalls noch eine klar positive Bewertung.² In der Frage jedoch, ob die evangelische Kirche „sich zu politischen Grundsatzfragen äußern“ solle, zeigte sich eine erhebliche Diversität der Bewertungen: 37% der Evangelischen lehnten dies ab, 16% positionierten sich im Mittelfeld. Damit verhielten sich weniger als die Hälfte der Mitglieder klar positiv zu einer Befassung der Kirche mit der Politik. Wo sich eine Kirchengemeinde mit politischen Fragen befassen möchte, ist also zu erwarten, dass dies mindestens für die Hälfte der Kirchenmitglieder nicht unmittelbar plausibel oder gar wünschenswert ist. Spätestens dort, wo eine Befassung mit politischen Fragen zu innergemeindlichen Konflikten führt, erhebt sich die Frage nach dem Begründungsgefüge, in das die Diskussion eingebettet wird. Zugleich wächst die



Zahl der Publikationen im theologisch-kirchlichen Raum, die mit klarer politischer Positionierung aktuelle gesellschaftliche Fragen bearbeiten – oder die sich kritisch mit bestehenden Positionen, vor allem aus dem neurechten Spektrum auseinandersetzen.³

Eine EKD-weite Untersuchung

Die theologische Reflexion spielt für die Verständigung über politische Themen in einer Kirchengemeinde eine wichtige Rolle. Denn mit ihr wird zum einen die grundsätzliche Frage nach der Rechtmäßigkeit der Befassung mit politischen Fragen in der Kirche bearbeitet. Zum anderen lassen sich Argumentationen entwickeln, die für die Verständigung weiterführend sind. Der Rolle der theologischen Reflexion für die Befassung von Gemeinden mit politischen Themen im weitesten Sinn widmet sich dieser Text. Er knüpft an eine Studie innerhalb eines EKD-weiten Forschungsverbands an, in dem unser Forschungsteam an der Evang. Hochschule Ludwigsburg die Gelegenheit hatte, die Kommunikation von Kirchengemeinden in politischen Herausforderungen zu untersuchen.⁴ Als „politisch“ wurden alle Themen erfasst, die eine Gemeinde in ihrer Existenz am Ort mit den dort aktuellen gesellschaftlichen Fragen betreffen, etwa Fragen von Migration, Asyl, anderen Religionen, sexueller oder kultureller Vielfalt, Umwelt und Klima, Infrastruktur, sozialen Problemen oder politischen Strömungen im engeren Sinn. Fallrekonstruktionen ermöglichten den Zugang zu beispielhaften Gemeinden, in denen wir Grundmuster der Kommunikation und Argumentation beschreiben konnten.⁵ Im Ringen der Gemeinden um einen angemessenen Umgang mit politischen Fragen waren auch theologische Begründungsmuster für eine Befassung und darin entsprechende Konfliktlinien in konkreten Beispielsituationen erkennbar.

Zwei Fallstudien

In diesem Beitrag werden nun anhand von zwei beispielhaften Fallgemeinden modellhaft theologische Argumentationen in der Diskussion um gesellschaftspolitische Fragen sichtbar: in einer überwiegend plural und liberal geprägten Gemeinde in einer großen Stadt im Westen Deutschlands sowie in einer pietistisch-biblizistisch geprägten Kleinstadtgemeinde im Osten Deutschlands. Mit einer qualitativen, rekonstruktiven Forschung lassen sich keine Aussagen über die Gesamtheit der Gemeinden treffen. In den vertieften Fallstudien werden aber Einblicke in die Tiefenstrukturen der gemeindlichen Kommunikation möglich, zu denen auch theologische Reflexion gehört. Sie wird gerade im Kontext konkreter Fragen vor Ort in ihrer Funktion für den Umgang der Gemeinde mit politischen Themen transparent.

Zwei wesentliche theologische Argumentationslinien finden sich im empirischen Material: einerseits die Argumentation auf Basis biblischer Texte, aus denen Grundlagen des christlichen Glaubens abgeleitet werden, andererseits die kirchentheoretische Argumentation ausgehend vom jeweiligen Verständnis von Kirche und Kirchengemeinde. In den Auseinandersetzungen der Kirchengemeinden mit politischen Fragen wirken diese beiden theologischen Argumentationslinien wie zwei Pole, zwischen denen Argumente entwickelt und kommunikativ „aufgespannt“ werden. Beide Argumentationslinien werden unterschiedlich miteinander kombiniert und bilden darin Formationen einer theologischen Argumentation. Vier zentrale Formationen konnten wir im Verlauf der Studie erarbeiten und in ihrer Bedeutung und Produktivität für die Diskussion vor Ort anhand konkreter Fragen darstellen. Die folgenden vier Abschnitte erläutern entsprechend die damit erfassten theologischen Diskurse für den Umgang von Gemeinden mit politischen Herausforderungen.

2. Diskurslinie „Rechtmäßigkeit theologischer Themensetzung“

In dieser ersten Diskurslinie findet eine in der Regel konfliktarme Zuordnung politisch-kultureller Themen zu Theologie und Kirche statt. Damit wird anhand biblischer Motive und daraus abgeleiteter Argumentationsmuster, mit denen ein Thema neu „gelesen“ wird, die Zugehörigkeit eines Themas



zum Kommunikationsraum der Kirchengemeinde begründet und seine Bedeutsamkeit für die Diskussion fundiert: Das Engagement für Nachhaltigkeit wird als Engagement zur „Bewahrung der Schöpfung“ bezeichnet und darin biblisch-theologisch gedeutet, das Engagement für Geflüchtete mit dem Motiv der „Nächstenliebe“ und die „Eine-Welt-Arbeit“ als Akt der „Geschwisterlichkeit“. Mit diesem biblischen Label werden Themen, die vor allem als gesellschaftspolitische Fragen verstanden werden können, dem Vorwurf der Irrelevanz im Kontext des christlichen Glaubens entzogen. Entsprechendes Engagement bekommt so im Raum der Kirchengemeinde seinen Platz.

Widerspruch zu einer solchen Setzung geschieht durch den Diskurs um die Rechtmäßigkeit der biblischen Herleitung: Welche Personengruppen sind beispielsweise als „Geschwister“ anzusehen – etwa wenn Geflüchtete Muslime sind? Gilt die „Bewahrung der Schöpfung“ als Auftrag auch für Fälle, in denen dieser die existenziellen Bedürfnisse von Gemeindemitgliedern entgegenstehen – etwa wo ein Infrastrukturprojekt mit Risiken für die Umwelt dennoch Arbeitsplätze und Einkommen für die Menschen vor Ort sichert?

Aktive handeln nach ihrer persönlichen Ausrichtung innerhalb der Kirche

Häufig findet sich eine solche Themensetzung mit Hilfe biblischer Motive dort, wo personelle Verknüpfungen das Thema innerhalb der Kirchengemeinde sichtbar machen: Aktive Mitglieder der Gemeinde sind auch in der Arbeit für Geflüchtete aktiv oder setzen sich gegen Fremdenfeindlichkeit ein. Ein potenzieller Konfliktherd ist darin jedoch angelegt: Aktive handeln nach ihrer persönlichen Ausrichtung, sie tun dies innerhalb der Kirche – aber nicht unbedingt, weil das Engagement hier seinen angestammten Platz hätte, sondern weil es sich hier realisieren ließ, weil sich hier andere Aktive fanden oder kirchliche Räume zur Verfügung standen. In vielen Fällen steht individuell das soziale oder gesellschaftspolitische Engagement im Vordergrund. Und ohne gesellschaftspolitisches Engagement gegen das Engagement für Anliegen der christlichen Gemeinde ausspielen zu wollen – zumal sich gesellschaftliche Felder häufig überlagern und in der Realität selten scharf voneinander zu trennen sind, – lässt sich beschreiben, wie hier an mancher Stelle das spezifisch religiöse Profil verschwimmt, während das politische Profil in den Vordergrund rückt. So kann zwar einerseits die Nutzung biblisch-theologischer Motive ein Engagement in den Bedeutungsraum der Kirche integrieren, damit ist aber noch nicht sichergestellt, dass das Engagement im weiteren Verlauf jederzeit als ein christliches erkennbar bleibt. An dieser Stelle sind potenzielle Konflikte programmiert, weil die Frage, inwieweit ein Engagement, das zwar bei Bedarf christlich zu deuten ist, aber nicht jederzeit mit christlichem Profil geschieht, im Kommunikationsraum Kirchengemeinde seinen Platz haben soll, nicht umfassend beantwortet wird.

3. Diskurslinie „Anwendbarkeit biblisch fundierter Prinzipien“

Weitaus konfliktträchtiger zeigt sich der argumentative Prozess, in dem die politische Positionierung der Kirchengemeinde ausgehend von der biblischen Botschaft mit einer weiterführenden Ableitung von Grundlagen des christlichen Glaubens begründet wird und daraus Positionen in Bezug auf gesellschaftspolitische Fragen entwickelt werden. Löst sich die Deutung einer politischen Frage von einer unmittelbar biblischen Begründung und werden aktuelle Geschehnisse und Entwicklungen einer weiteren theologischen Deutung unterzogen, birgt dies die üblichen Spielräume für Auslegungen – und kann zu kontroversen Debatten führen. Dies lässt sich am Beispiel einer Situation in einer Kirchengemeinde zeigen:

Kirchengemeindliches Engagement im Fokus rechtsextremer Gewalttacken

Eine Gemeinde in einer Kleinstadt in Ostdeutschland engagiert sich nach 2015 für Geflüchtete. Sie gestaltet diverse eindeutig kirchliche Angebote, etwa Glaubenskurse, Taufbegleitung für Menschen, die Christen werden möchten, sowie im Nachgang Hauskreise, die speziell auf die Bedarfe von



Menschen aus anderen kulturellen Kontexten zugeschnitten sind. Parallel dazu gestaltet sie zahlreiche soziale Angebote, konkrete Hilfestellung im Alltag, Begegnungsmöglichkeiten und traditionell das Erntedankfest, das mit einem breiten sozialen Anliegen für die Zielgruppe „Bedürftige und Geflüchtete“ ausgestaltet wird. Bei einem solchen Erntedankfest kommt es zu einem gewaltvollen Vorfall, bei dem ein ehrenamtlicher Mitarbeiter der Gemeinde verletzt wird. Dies beschäftigt nicht nur die Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde am Ort. Schnell wird der Vorfall bekannt, rechte und rechtsextreme Gruppen äußern sich öffentlich massiv fremdenfeindlich, es gibt am Ort einen Aufmarsch und verschiedene Initiativen, in denen die Kirchengemeinde schließlich rechtsextremen Anfeindungen ausgesetzt ist. Die Kirchengemeinde hat bislang keine Erfahrung damit, sich in einer solchen Situation zu verhalten.

Die Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der Gemeinde sind nun einem hohen Stress ausgesetzt und erleben die Situation als stark verunsichernd. In der Folge diskutieren sie kontrovers, was der Vorfall für die Weiterarbeit zu bedeuten hat – ob das Engagement der Gemeinde im Themenfeld „Flucht“ angemessen war und weitergeführt werden soll oder nicht. In der Kontroverse erhalten zuerst biblische Zugänge eine hohe Bedeutung. Hier führen beide Seiten biblisch-theologische Motive an, mit denen sie ihre Haltung begründen: Die eine Seite interpretiert die Geflüchteten als „von Gott geschickt“, woraus sich ein direkter Auftrag für die Gemeinde ableite, diesen Menschen im sozialen wie im religiösen Bereich Unterstützung anzubieten. Der Erfolg des Engagements wird innerhalb dieser biblischen Deutung als Beleg verwendet: Etliche Geflüchtete interessieren sich für den christlichen Glauben, lassen sich taufen, integrieren sich in Hauskreise. Ebenso hat das Engagement innerhalb der Gemeinde eine große Spendenbereitschaft und Hilfsbereitschaft hervorgerufen, auch Firmen und Privatpersonen außerhalb der Gemeinde sind auf das Engagement aufmerksam geworden und haben es unterstützt, was als spürbares Wirken Gottes interpretiert wird. Der Gemeinde ist dadurch eine Wirkung in die Kommune hinein gelungen, was die Aktiven als eine von Gott gewollte missionarische Tätigkeit deuten wollen. Insgesamt ist dies ein zweistufiger Begründungs- und Deutungsvorgang, in dem das Engagement für Geflüchtete zunächst biblisch fundiert und anschließend mit einer weitergehenden theologischen Interpretation als notwendiges christliches Engagement begründet wird.

Aber auch die Gegenseite deutet das Geschehene: Die Verletzung des Mitarbeiters macht aus ihrer Sicht deutlich, dass „Gottes Segen nicht auf dem Vorhaben“ liege. Die Nutzung kirchlicher Räumlichkeiten für die Arbeit mit Muslimen wird als Verfehlung gedeutet, deren Folgen die Gemeinde nun tragen muss. Und ganz grundsätzlich wird die Hinwendung zu Menschen anderer Religionen als Nachgiebigkeit in Bezug auf das Gottesverständnis interpretiert, mit der der „Glaube an den einen Gott“ in Frage gestellt wird. Waren sich die Verantwortlichen der Gemeinde zuerst darin einig, dass im Notfall „Nächstenliebe“ zu üben sei, entsteht der Konflikt in der Interpretation einer möglichen Umsetzung, wenn die Ressourcen der christlichen Gemeinde Menschen anderer Religionen zugutekommen und die Gemeinde die politischen Folgen ihres Engagements zu spüren bekommt.

Theologische Plausibilisierung der eigenen politischen Meinung

In dieser Diskurslinie wird sichtbar, wie wenig der gemeindliche Konsens, dass die Bibel und die Grundlagen des christlichen Glaubens als argumentative Basis für die Gestaltung des Gemeindelebens zu verstehen sind, im konkreten Fall tragfähig ist. Die breite Interpretierbarkeit biblischer Motive und der akuten Situation erschwert eine Argumentation, die andere leicht überzeugen könnte. Die biblisch fundierten Argumente dienen damit weniger als Beitrag zu einem echten Diskurs, vielmehr als theologische Plausibilisierung der eigenen Meinung, die häufig auch eine politische Meinung ist. Etwa dort, wo Gemeindeglieder selbst die Positionen rechter Gruppen am Ort teilen und die Zuwanderung ausländischer oder nichtchristlicher Menschen auch in einer Fluchtsituation ablehnen. Hier überlappen sich in der Gemeinde nun politische und theologische Diskussionen. Der Auslegungskonflikt in Bezug auf die biblische Botschaft hat hier zunächst die wichtige Funktion, die Auseinandersetzung in der Frage, ob Geflüchtete Zielgruppe des Engagements der Kirchengemeinde sein können oder sollen, auf Basis biblisch-theologischer Argumentation zu



ermöglichen und das Thema damit als ein Thema der Gemeinde zu begründen, das weiter diskutiert werden muss. Dass hier, möglicherweise aufgrund politischer Haltungen, kein tragfähiges Ergebnis erreicht wurde, ist unerheblich. Der Gemeinde nützt für die Zukunft inmitten ihrer Gemengelage aus politischen und religiösen Haltungen, dass das Thema in ihren Räumen Platz gefunden hat.

(Teil II mit den Diskurslinien „Akzeptanz vs. Abgrenzung“ und „Zuständigkeit der Kirchengemeinde“ folgt in der nächsten Ausgabe)

Anmerkungen

1? Diese Aufgabenbereiche erhielten in einer Frage nach den Erwartungen an die evangelische Kirche von 83% bis 74% der Befragten eine deutliche Zustimmung in den Antwortmöglichkeiten 5-7 auf der Skala von 1 („trifft überhaupt nicht zu“) bis 7 („trifft voll und ganz zu“). Heinrich Bedford-Strohm/Volker Jung (Hg.): Vernetzte Vielfalt. Kirche angesichts von Säkularisierung und Individualisierung. Die fünfte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh (2015), hier: 470.

2? Deutliche Zustimmung von 72% und 68% der Befragten (a.a.O.).

3? Beispielhaft genannt sei die Publikation von Felix Dirsch, Volker Münz und Thomas Wawerka (Hg.): Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken, Graz 2018. Die Beiträge bieten anhand aktueller Themen nationalkonservative theologische Standpunkte aus dem neurechten Spektrum. Auf der anderen Seite formulieren Fachleute, etwa unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R), diverse kritische „Einsprüche. Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte“ – wie die seit 2020 herausgegebene Serie von Publikationen benannt ist (<https://www.eaberlin.de/aktuelles/2021/neue-publikationsreihe-der-bag-kr/>).

4? Vgl. der allgemeine Beitrag im DPfBI 5/2022. Die vollständige Studie ist publiziert unter: Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (Hg.): Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur, Leipzig 2022. Kostenloser Download unter: <https://www.ekd.de/zwischen-naechstenliebe-und-abgrenzung-72929.htm>.

5? Die Ergebnisse des qualitativen Teilprojekts 3 finden sich unter: Claudia Schulz/Manuela Barriga Morachimo/Maria Rehm: Kirchengemeinden in Aushandlungsprozessen um politisch-kulturelle Themen, in: EKD (Hg.): a.a.O., 169-239. Weitere Ergebnisse sind an diversen Orten veröffentlicht, z.B.: Claudia Schulz: Kirchengemeinden in gesellschaftspolitischer Verantwortung. Zumutungen, Hürden und gute Gelegenheiten, in: DPfBI 5/2022, 292-296.

Deutsches Pfarrerblatt, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel